

Pressemitteilung 9/2017

Halle (Saale), den 27. Januar 2017

Arbeitsmarktintegration Geflüchteter: Regionale Unterschiede auf Arbeitsmarkt erklären unterschiedliche Erwartungen an Tempo der Integration

In den vergangenen Tagen ist eine Debatte darüber in Gang gekommen, wie lange die Integration von Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt dauert und mit welchen Erwerbs- und Arbeitslosenquoten bei Geflüchteten langfristig zu rechnen ist. Die Bundesagentur für Arbeit weist daraufhin, dass laut vorliegenden statistischen Daten die Beschäftigungsquote von Geflüchteten nach 15 Jahren nicht mehr deutlich von anderen Beschäftigtengruppen abweicht. Sie geht davon aus, dass nach fünf Jahren etwa die Hälfte der Geflüchteten einer Erwerbstätigkeit nachgeht.

Andere, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, halten schon eine Beschäftigungsquote von 10% für einen Erfolg und warnen vor übermäßigem Optimismus. Wie kommt es zu so unterschiedlichen Erwartungen über die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt? „Die Antwort darauf“, so Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des IWH, „ist in den regionalen Unterschieden auf dem Arbeitsmarkt zu finden. In Ostdeutschland ist die Arbeitslosenquote nach wie vor deutlich höher als in Westdeutschland. Ferner ist die Quote der Schulabbrecher in Ostdeutschland etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Menschen ohne Schulabschluss haben naturgemäß nur geringe Chancen, eine nachhaltige Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt zu finden.“ Es gibt eine positive Korrelation zwischen der Erwerbslosenquote von Personen mit Nicht-EU-Migrationshintergrund und von Personen ohne Migrationshintergrund in allen Bundesländern. Wenn die Arbeitslosigkeit allgemein hoch ist, ist die Arbeitslosigkeit von Geflüchteten noch höher. In allen Bundesländern liegt die Erwerbslosenquote von Personen mit Nicht-EU-Migrationshintergrund über derjenigen der Personen ohne Migrationshintergrund. Allein daher sollte die zu erwartende Arbeitslosenquote Geflüchteter in den meisten ostdeutschen Bundesländern deutlich über derjenigen in Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen liegen. Aber während in diesen Bundesländern die Differenz der Erwerbslosenquoten von Personen mit Nicht-EU-Migrationshintergrund und Personen ohne Migrationshintergrund wenige Prozentpunkte beträgt, ist sie in Sachsen-Anhalt und Sachsen mit etwa zehn Prozentpunkten am höchsten (vgl. Abbildung).

Sperrfrist
27. Januar 2017, 10:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

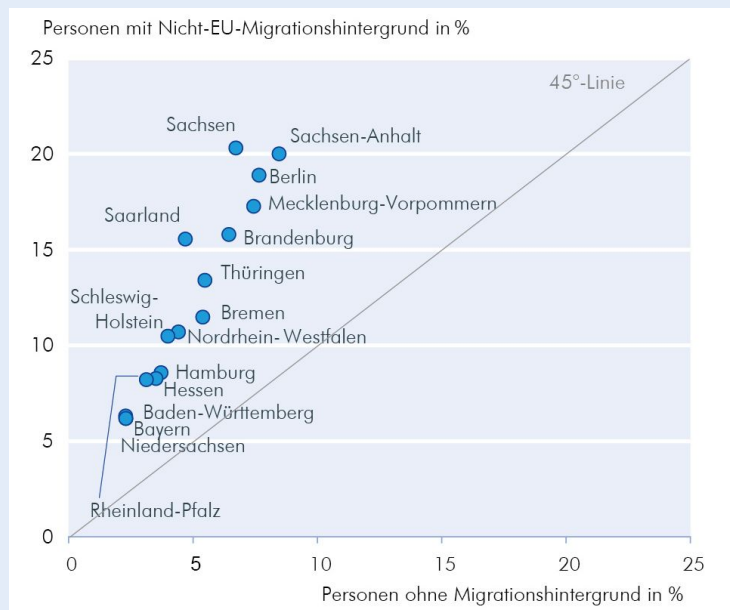
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung

Erwerbslosenquote von Personen mit Nicht-EU-Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund



Quellen: Mikrozensus 2014, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen Zensus 2011.

Die allgemein schlechtere Situation am Arbeitsmarkt in einigen Bundesländern überträgt sich verstärkt auf die Arbeitsmarktchancen Geflüchteter. „Für diese Personengruppe sind Sprachförderung und der Erwerb wichtiger sozioökonomischer Grundfähigkeiten besonders wichtig, zumal unter den Geflüchteten viele junge Menschen sind. Die Landespolitik hat über die Bildungs-, Schul- und Integrationspolitik einen maßgeblichen Einfluss auf die zu erwartende Arbeitslosenquote Geflüchteter“, so Holtemöller.

Quelle: Altemeyer-Bartscher, M.; Holtemöller, O.; Wieschemeyer, M. (2016): [Zur räumlichen Verteilung von Flüchtlingen im Föderalstaat](#), ifo Schnelldienst 4/2016, 43-49.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 91 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.